

---

# Dokumentation 1

---

## Historische Grundlagen der Einheitsgewerkschaft

Auszüge aus der Diskussion des 4. Außerordentlichen Bundeskongresses um den Abschnitt P 16 des Programm-entwurfs

### A. Die Entwürfe

#### *Entwurf des DGB-Bundesvorstandes*

P 16 Die Einheitsgewerkschaft hat die historischen Traditionen, politischen Richtungen und geistigen Ströme der Arbeiterbewegung, vor allem der freiheitlich-sozialistischen und der christlich-sozialen Richtungen, in eine gemeinsame Organisation zusammengeführt. Sie erübrigt konkurrierende Gewerkschaften. Die interne Vielfalt der Meinungen verpflichtet zu einer eigenständigen und unabhängigen Willensbildung, die die gemeinsamen Interessen aller Arbeitnehmer zum Ausdruck bringt. Weltanschauliche und politische Ideologien, die die Gewerkschaften für ihre Zwecke mißbrauchen wollen, sind mit dem Gedanken der Einheitsgewerkschaft unvereinbar.

*Neufassung durch die Antragsberatungskommission:*

P 16 Die Einheitsgewerkschaft ist aus den Erfahrungen der Arbeitnehmer vor und während der Weimarer Republik und der Verfolgung durch den Nationalsozialismus entstanden. Sie hat die historischen Traditionen, politischen Richtungen und geistigen Ströme der Arbeiterbewegung, vor allem der freiheitlich-sozialistischen und der christlich-sozialen Richtungen, in eine gemeinsame Organisation zusammengeführt. Sie erübrigt konkurrierende Gewerkschaften. Die interne Vielfalt der Meinungen verpflichtet auf der Grundlage von Toleranz zu einer eigenständigen und unabhängigen Willensbildung, die die gemeinsamen Interessen aller Arbeitnehmer zum Ausdruck bringt. Weltanschauliche und politische Ideologien, die die Gewerkschaften für ihre Zwecke mißbrauchen wollen, sind mit dem Gedanken der Einheitsgewerkschaft unvereinbar.

digen und unabhängigen Willensbildung, die die gemeinsamen Interessen aller Arbeitnehmer zum Ausdruck bringt. Weltanschauliche und politische Ideologien, die die Gewerkschaften für ihre Zwecke mißbrauchen wollen, sind mit dem Gedanken der Einheitsgewerkschaft unvereinbar.

#### *Änderung der Empfehlung der Antragsberatungskommission zu P 16*

Die Einheitsgewerkschaft ist aus den Erfahrungen der Arbeitnehmer vor und während der Weimarer Republik und der Verfolgung in der Nazidiktatur entstanden. Sie hat die historischen Traditionen, politischen Richtungen und geistigen Ströme der Arbeiterbewegung, vor allem der freiheitlich-sozialistischen und der christlich-sozialen Richtungen, in eine gemeinsame Organisation zusammengeführt. Sie erübrigt konkurrierende Gewerkschaften. Die interne Vielfalt der Meinungen verpflichtet auf der Grundlage von Toleranz zu einer eigenständigen und unabhängigen Willensbildung, die die gemeinsamen Interessen aller Arbeitnehmer zum Ausdruck bringt. Weltanschauliche und politische Ideologien, die die Gewerkschaften für ihre Zwecke mißbrauchen wollen, sind mit dem Gedanken der Einheitsgewerkschaft unvereinbar.

### B. Die Diskussion

*Georg Benz*, Sprecher der Antragsberatungskommission

Der Text des P 16 ist weitgehend neu gegenüber dem alten Grundsatzprogramm. Dort findet sich nur die Zusammenführung von Arbeitern, Angestellten und Beamten in einer einheitlichen Gewerkschaft. Die Diskussion sowie die vorliegenden Anträge um diesen Absatz bezogen sich vornehmlich auf vier Punkte:

1. Mehrere Antragsteller setzen sich für die Aufnahme der geschichtlichen Entstehungsbedingungen der Einheitsgewerkschaft ein, also die Erfahrungen in der Weimarer Zeit und unter dem Hitler-Faschismus.

2. Das Toleranzangebot soll aufgenommen werden. Das ist bereits in den Antrag P 8 aufgenommen worden.

3. Die „politischen Wurzeln“ sollen entweder gestrichen oder anders formuliert werden.

4. Der letzte Satz, die Warnung vor Mißbrauch von außen, soll präzisiert werden.

Die Antragsberatungskommission hat sich lediglich die beiden erstgenannten Zielsetzungen zu eigen machen können und empfiehlt daher Annahme des Textes in der ausgedruckten Neufassung. Allerdings ist heute morgen eine Änderung noch vorgelegt worden. Ich nehme an, daß sie inzwischen in Euren Händen ist. Neu gegenüber dem Bundesvorstandsentwurf ist der erste Satz, bezogen auf die geschichtlichen Erfahrungen während der Weimarer Republik und der Nazi-Diktatur. Außerdem findet sich im neuen Satz 4, in dem von der Vielfalt der Meinungen die Rede ist, das ausdrückliche Gebot der Toleranz. Es heißt dort: „auf der Grundlage der Toleranz“.

Den weitergehenden Anträgen, soweit sie sich auf die Benennung der parteipolitischen Strömungen sowie auf den letzten Satz bezogen, hat die Antragsberatungskommission nach langer und ausführlicher Diskussion nicht folgen können. Die Benennung der sogenannten Hauptströme ist nicht ausschließlich. Es heißt „vor allem“. Aus diesem Grunde konnte die Antragsberatungskommission den Streichungsvorschlägen nicht folgen. Desgleichen hat sie sich nicht dem Antrag der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen, der eine Neuformulierung vorsieht, anschließen können. Die Gefahr des Mißbrauchs von außen sollte ausdrücklich erwähnt werden. Insgesamt meinen wir, mit der Neufassung einen Kom-

promiß vorgelegt zu haben, der sicherlich nicht allen Anträgen Rechnung tragen kann, aber doch konsensfähig sein müßte. Das bedeutet: Die Antragsberatungskommission empfiehlt Annahme des Textes in der vorgelegten Neufassung mit der heute morgen eingebrachten Änderung.

*Annelies Hoppe*, Präsidium

Wir beziehen uns bei unseren weiteren Diskussionen nicht mehr auf den im Antragsheft ausgedruckten, sondern auf den in dem heute verteilten Neudruck enthaltenen Text der Antragsberatungskommission.

*Günter Volkmar*, Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV)

Der Abschnitt P 16, zu dem unsere Gewerkschaft HBV den Änderungsantrag 44\* gestellt hat, hat, wie das Schorsch Benz hier für die Antragsberatungskommission erläutert hat, in der vorgeschlagenen Fassung gegenüber dem ursprünglich vorgelegten Entwurf in mehreren Punkten Verbesserungen erfahren. Ich darf für die Gewerkschaft HBV erklären: Wir begrüßen, daß dabei auch Überlegungen und Anregungen unseres Antrages 44 aufgegriffen worden sind. Das gilt für den ersten Satz, in dem auf die Erfahrung der Arbeitnehmer vor und während der Weimarer Zeit und auf die Verfolgung in der Nazi-Zeit hingewiesen wird. Das gilt auch für die Aufnahme des Toleranzbegriffs im neugefaßten vierten Satz des Abschnitts. Dazu will ich gern ergänzend erklären: Die

---

\*P 16, vor 1. Satz — Ergänzung, 1. Satz — Änderung, 3. Satz — Ergänzung

Die Einheitsgewerkschaft ist aufgrund der Erfahrungen vor und während der Weimarer Republik und aus dem gemeinsamen Kampf gegen den Nationalsozialismus entstanden. Sie hat die historischen Traditionen, politischen Richtungen und geistigen Ströme der Gewerkschaftsbewegung, vor allem der freigewerkschaftlichen (sozialistischen) und der christlichen Richtungen, in eine gemeinsame Organisation zusammengeführt. ... Die interne Vielfalt der Meinungen verpflichtet unter Wahrung der weltanschaulichen, religiösen und politischen Toleranz zu einer eigenständigen und unabhängigen Willensbildung, die die gemeinsamen Interessen aller Arbeitnehmer zum Ausdruck bringt.

Ergänzungsformulierungen der Antragsberatungskommission sind genauer als die, die wir gefunden hatten. Das beziehe ich ausdrücklich auch auf den heute morgen vorgetragenen Präzisierungsvorschlag der Antragsberatungskommission, das Wort „Nationalsozialismus“ durch „Nazi-Diktatur“ zu ersetzen. In der Tat: Wir sollten den Betrug, den Feinde der Arbeiterbewegung mit der Verwendung des Wortteils „Sozialismus“ im Wort „Nationalsozialismus“ betrieben haben, nicht noch dadurch honorieren und konservieren, daß wir diesen Begriff in unser Grundsatzprogramm aufnehmen. (*Beifall*). Da ist das Wort „Nazi-Diktatur“ schon sehr viel genauer und treffender. Für die Gewerkschaft HBV als Antragsteller des Antrags 44 kann ich damit erklären: Die Sätze 1 und 3 folgende haben die Anliegen unseres Antrags voll aufgegriffen und unseren Antrag insofern gegenstandslos gemacht. Differenziert sehen wir die Formulierung allerdings im Hinblick auf Satz 2. Wir haben vorgeschlagen, das Wort „Arbeiterbewegung“ durch „Gewerkschaftsbewegung“ und die Worte „der freiheitlich-sozialistischen und der christlich-sozialen Richtungen“ durch die Worte „der freigewerkschaftlich-sozialistischen und der christlichen Richtungen“ zu ersetzen. Wir meinen — und das gilt auch unter Berücksichtigung aller Argumente, die wir bisher lesen und hören konnten -, mit unseren Formulierungen exakt gewesen zu sein. Wir meinen auch, daß wir gleichzeitig Mißverständnisse vermieden haben, von denen wir befürchten, daß sie sich aus der in P 16 gewählten Formulierung ergeben könnten. Das haben uns auch kritische Freunde - nicht leichthin, schon gar nicht ironisch, sondern sehr sachbezogen — erklärt. Im einzelnen: Unbestreitbar dürfte sein, daß die Gewerkschaften nur ein Teil der Arbeiterbewegung, aber nicht die Arbeiterbewegung insgesamt sind. Wir haben als Gewerkschaft nie den Anspruch erhoben - und tun das auch nicht im Zeitalter der Volksparteien -, die Rolle der parteipolitischen Säule der Arbeiterbewegung mit übernommen zu haben. Wir haben im Gegensatz dazu wiederholt festgestellt, daß wir keine Ersatzpartei sein kön-

nen und keine Ersatzpartei sein wollen. Und wir haben wiederholt betont, daß wir die politischen Parteien — vor allem die uns verbundenen — auf keinen Fall aus der Verantwortung entlassen können, für Arbeitnehmer politisch tätig zu werden. Heinz Oskar Vetter hat dies zuletzt gestern nachdrücklich unterstrichen. Wir meinen deshalb, wir sollten bei der Formulierung von P 16 auch nicht den Anschein des Mißverständnisses aufkommen lassen, alle Säulen der Arbeiterbewegung seien in der Einheitsgewerkschaft zusammengeführt und damit seien gleichzeitig alle anderen aus der Verpflichtung entlassen, die sich aus der gemeinsamen Zugehörigkeit zur Arbeiterbewegung ergibt. Deshalb halten wir den engeren Begriff „Gewerkschaftsbewegung“ für genauer und klarer. Zum anderen können wir darauf verweisen - auch dafür hat Heinz Oskar Vetter gestern Beispiele genannt —, daß wir als Gewerkschaften über wichtige und bedeutsame eigenständige Traditionen verfügen. Wir haben mit unserem Antrag 44 gemeint: Diese Traditionen sollten wir auch benennen. Das sind eben vor allem die Traditionen der freigewerkschaftlich-sozialistischen und der christlichen Richtung innerhalb der Gewerkschaftsbewegung. Wir meinen also, daß unser Formulierungsvorschlag präziser ist. Wenn ich das sage, dann habe ich gleichzeitig einem Mißverständnis nachhaltig entgegenzutreten, das von verschiedenen Seiten im Hinblick auf unseren Antrag 44 entwickelt worden ist. Die Gewerkschaft HBV hat mit der Formulierung des Antrags 44 nicht verdeckte parteipolitische Zwecke verfolgt. Wir haben vielmehr stets klargestellt, daß beispielsweise die RGO-Politik der Weimarer KPD gerade kein Bestandteil der freigewerkschaftlich-sozialistischen Tradition ist. (*Beifall*). Und außerdem haben wir stets den Satz bekräftigt, der die aktuelle Situation stärker anspricht und in P 16 steht: Wir sind für die interne Vielfalt der Meinungen, werden uns aber mit allem Nachdruck Ideologien widersetzen, die mit dem Gedanken der Einheitsgewerkschaft unvereinbar sind oder die die Gewerkschaften für ihre Zwecke mißbrauchen wollen. Letztlich möchte ich jedoch be-

reits jetzt erklären: Die Fassung der Antragsberatungskommission hat nach unserer Beurteilung gegenüber dem ursprünglichen Text wichtige Verbesserungen gebracht. Wir erkennen diese Arbeit, ihre Zielsetzung und ihre Ergebnisse voll an. Und vor die Alternative gestellt, P 16 im Hinblick auf dessen Satz 2 nicht zu akzeptieren und dadurch Mißverständnisse zu produzieren oder ihm zuzustimmen, werden wir als Gewerkschaft HBV dem Gesamtabsatz unsere Zustimmung geben. Gestattet mir abschließend eine klarstellende Bemerkung: Ich hoffe, daß meine Ausführungen allen Kolleginnen und Kollegen, die anwesend sind - und darüber hinaus - die Gewißheit vermittelt haben, daß es uns bei unseren Präzisierungsvorschlägen zu P 16 nicht um Formulierungskünste mit Hintergedanken gegangen ist, sondern um saubere, gewerkschaftliche und gewerkschaftspolitische Erwägungen. Wir müssen deshalb alle Versuche, unsere Vorschläge als offene oder versteckte Parteipolitik zu diffamieren, mit allem Nachdruck zurückweisen und rechnen dabei auf die Unterstützung aller Kolleginnen und Kollegen! (*Beifall*). Wir beanspruchen für unsere Überlegungen keine Unfehlbarkeit und nehmen das Recht in Anspruch, aus der Diskussion zu lernen. [...]

*Erich Frister*, Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW)

Die GEW hat den Änderungsantrag 43 \*\* vorgelegt. Ich spreche hier nicht, weil ich für diesen Änderungsantrag eintreten will; denn wir sind mit dem Ergebnis der Beratungen in der Antragsberatungskommission einverstanden. Ich spreche, weil dieser Antrag 43 ein leuchtendes Beispiel dafür ist, mit welchen Methoden eine Reihe von Presseorganen und die hinter ihnen stehenden wirtschaftlichen und politischen Kräfte die Gewerkschaften diffamieren. Wir können es heute im Presse-Spiegel in der Zeitung „Die Welt“ lesen, wir konnten es auch vielfach etwa in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ und anderen Zeitungen im Vorfeld des

Kongresses lesen, daß es sich bei den Anträgen einer Reihe von Gewerkschaften, insbesondere aber bei den Anträgen der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, um Verstöße zugunsten von Kommunisten handelt, um DKP-Anträge und ähnliches. Habt bitte die Geduld, daß ich Euch an diesem Antrag 43 auch die Entstehungsgeschichte darstelle. Dieser Antrag ist auf unserem Gewerkschaftstag nach einer sehr heftigen Diskussion, aber mit einer erdrückenden Mehrheit angenommen worden. Er ist angenommen worden in einer Auseinandersetzung mit Delegierten, die den Intentionen der Deutschen Kommunistischen Partei folgten und die in der hoffnungslosen Minderheit blieben. Dies ist auch jedem Journalisten bekannt, es ist auch ausführlich berichtet worden.

Dieser Antrag war auch deswegen von Bedeutung, weil mit der Formulierung, daß in der Einheitsgewerkschaft alle die Traditionen der Arbeiterbewegung zusammengefaßt sind, die dem Ziel der autonomen Gewerkschaft verpflichtet sind, die aktuelle Diskussion um die Gewerkschaften in Polen eingeschlossen wurde und weil sich gerade daran zeigen ließ, daß das Gewerkschaftsverständnis, das von Lenin herrührt und das von der Deutschen Kommunistischen Partei und anderen kommunistischen Parteien nach wie vor vertreten wird, eben nicht das Gewerkschaftsverständnis autonomer Gewerkschaften, sondern gelenkter, abhängiger und bevormundeter Gewerkschaften ist. (*Zustimmung*). So setzt sich unser Antrag dafür ein - die Antragsberatungskommission sagt das mit treffenderen Worten -, daß in der Einheitsgewerkschaft nur die Traditionen ihren Platz haben, die unabhängige, selbständige Gewerkschaften wollen. Dies ist genau das Gegenteil eines Vorstoßes zugunsten von Kommunisten; dies ist Abwehr

---

\*\*P 16 soll lauten:

Die aus den gemeinsamen Erfahrungen der Arbeitnehmer - besonders den im Kampf gegen den Faschismus gesammelten - entstandene Einheitsgewerkschaft hat die historischen Traditionen, politischen Richtungen und geistigen Ströme der Arbeiterbewegung in eine gemeinsame Organisation zusammengeführt, für die autonome Gewerkschaften unabdingbar waren und sind.

von Einflüssen aus dieser Richtung. Natürlich bedarf es auch in der Einheitsgewerkschaft der geistigen Auseinandersetzung und der Diskussion mit Kommunisten. Wo sollen denn sonst die Auseinandersetzungen geführt werden? Glaubt man denn, daß man Kollegen begrifflich einfach aus der Gesellschaft entfernen kann, wenn man sich diesen Auseinandersetzungen nicht stellt ?

Aber das Ergebnis ist doch eindeutig, in der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft genauso wie in den anderen Gewerkschaften: Die klare Mehrheit der Mitglieder und die klare Mehrheit der Funktionäre in den Willensbildungsorganen stehen zu den freiheitlichen Prinzipien der Einheitsgewerkschaft und argumentieren und setzen sich auseinander, auch die Kolleginnen und Kollegen von der Richtigkeit dieser Ziele zu überzeugen, die daran Zweifel haben oder in anderer Richtung gesteuert werden. Dies ist eine notwendige Leistung, die wir für die Gesellschaft vollbringen. Diejenigen, die in ihren Presseorganen und in ihren sonstigen politischen Äußerungen diese Leistung und diese Anstrengung der Gewerkschaften unterschlagen, die eine Gewerkschaft wie die unsere als kommunistisch beeinflusst, als für Kommunisten agierend hinstellen, die arbeiten zugunsten von Kommunisten, denn sie sorgen mit ihrer Brunnenvergiftung dafür, daß es im Lande Beschäftigte gibt, die sich von Gewerkschaften fernhalten. Dies ist dann eine Stärkung der Kräfte, die in den Gewerkschaften etwas anderes wollen, als die freiheitliche Bewegung zu unterstützen. *(Beifall)* Nicht die Gewerkschaften, auch nicht die GEW arbeiten zugunsten von Kommunisten; zugunsten von Kommunisten arbeiten alle diejenigen, die Gewerkschaften verleumden, die mit Lügen und Verdächtigungen arbeiten und die das Zusammenspiel der Extreme von rechts und links erneut praktizieren. *(Beifall)*

*Detlef Hensche, IG Druck und Papier:*

Wir begrüßen - laßt mich das vorwegschicken- den Versuch des Bundesvorstands, im vorliegenden Entwurf auch die politischen

Grundlagen der Einheitsgewerkschaft genauer zu beschreiben. Das ist eine Neuerung gegenüber dem alten Programm. Wir begrüßen zum zweiten — das will ich ausdrücklich voranschicken — das Bemühen der Antragsberatungskommission, nach langen Beratungen nunmehr einen Kompromiß vorzulegen, der zumindest einige Bestandteile der vorliegenden Anträge übernimmt. Dies ist ein Fortschritt. Für die Delegierten der IG Druck und Papier kann ich erklären, daß wir, auch um uns nicht unnötig auseinanderzudividieren, diesen Kompromißvorschlag der Antragsberatungskommission unterstützen. Dennoch, hebe Kolleginnen und Kollegen, einige Bemerkungen a) zur Erläuterung unseres Antrags — auch um Mißverständnisse auszuräumen —, b) um angesichts aktueller Bedrohungen und Gefährdungen doch einige Punkte anzusprechen, auf die wir uns alle gemeinsam in einer Einheitsgewerkschaft verpflichtet fühlen sollten. Erstens: Zunächst einmal möchte ich etwas zu dem sagen, was in unserem Antrag 41 \*\*\* steht. Es ist vor dem Kongreß mehrfach in der Presse kolportiert worden, daß die Kritiker des Entwurfs des Bundesvorstands, die ganz gern die parteipolitischen Strömungen gestrichen haben wollten, damit im Grunde Marxisten und Kommunisten positiv benennen wollten. Ich wiederhole: Die IG Druck und Papier beantragt keine Erweiterung des Katalogs, sondern eine Streichung des Hinweises auf einzelne politische Strömungen. Wer sich von

---

\*\*\*P 16 wird wie folgt geändert:

„Die Einheitsgewerkschaft hat die historischen Traditionen, politischen Richtungen und geistigen Ströme der Arbeiterbewegung nach den Verfolgungen in der Nazizeit, nach dem dort gemeinsam erfahrenen Leid in Konzentrationslagern und Zuchthäusern in einer einheitlichen Organisation zusammengeführt. Sie erübrigt konkurrierende Gewerkschaften. Interne Vielfalt der Meinungen verpflichtet zu einer eigenständigen und unabhängigen Willensbildung, die die gemeinsamen Interessen aller Arbeitnehmer zum Ausdruck bringt. Die Gewerkschaften bekräftigen ihre Entschlossenheit zur weltanschaulichen, religiösen und politischen Toleranz. Weltanschauliche und politische Ideologien, die nach ihrem Inhalt gegen die in Satzung und Programmen niedergelegten Grundlagen der Gewerkschaftsarbeit verstoßen oder die auf Spaltung abzielen, sind mit dem Gedanken der Einheitsgewerkschaft unvereinbar.“

der Presse etwa auf das Glatteis der Motivforschung begeben will, für den sei hinzugefügt: etwas anderes war und ist auch nicht beabsichtigt. Zweitens: Wir waren und sind der Meinung, daß die besondere Benennung einzelner parteipolitischer Strömungen schlecht in der Einheitsgewerkschaft Platz hat. Die Einheitsgewerkschaft ist nun einmal entstanden aus den historischen Erfahrungen vornehmlich der Weimarer Zeit und der Nazi-Diktatur. Es sollte ein Ende haben mit parteipolitischer Zerrissenheit, mit parteipolitischer Differenzierung.

Und ich weiß nicht, ob wir uns alle einen guten Dienst tun, wenn wir nunmehr heute - 1981— in der Definitionsfrage doch wieder parteipolitische Richtungen benennen und damit eine Gewichtung vornehmen. Zugrunde liegt der Einheitsgewerkschaft der gemeinsame Kampf um die gleichen Interessen. Dies ist das einzige, was zählt, und das einzige, was uns zusammenhält. Alles andere, alles Trennende tritt davor zurück. An diese Wurzel - ich meine - auch an diesen bleibenden Auftrag der Einheitsgewerkschaft sollten wir uns weiterhin erinnern. Drittens: Die Einheitsgewerkschaft war seit eh und je gefährdet, schon in der Vergangenheit, in letzter Zeit wieder einmal verstärkt. Da gibt es Angriffe und Diffamierungskampagnen, und da gibt es Spaltungsversuche; auch dies hat eine lange Tradition. Einer der perfidesten Spaltungsversuche der jüngsten Zeit ist die Legende von der kommunistischen Unterwanderung mit der eindeutigen Zielsetzung, Vorstände oder den Apparat oder einzelne Gewerkschaften als ferngesteuert, als Handlanger Moskaus hinzustellen und auf diese Weise einen Keil zu treiben zwischen Vorstände und Mitgliedschaft. Ich kann hier nur wiederholen, was zahlreiche Gewerkschafter in der Vergangenheit festgestellt haben: Gegen derartige Angriffe haben wir uns zur Wehr zu setzen erstens mit der Feststellung: Es gibt keine kommunistische Unterwanderung — und zweitens: Wir lassen uns nicht auseinanderdividieren. (*Beifall*). Viertens und letztens: Wir sollten aber auch einen Blick nach innen werfen. Kollegen, Mei-

nungsverschiedenheiten über gewerkschaftspolitische Fragen hat es immer gegeben, wird es auch in Zukunft geben. Sie werden wahrscheinlich noch zunehmen angesichts der Herausforderungen der 80er Jahre... die nach gewerkschaftlichem Selbstverständnis in der Sache ausgetragen werden müssen, mit inhaltlichen, mit sachbezogenen Argumenten, nicht dagegen mit Stempeln und mit der Methode der Denunziation. Wir sind ja alle keine heurigen Hasen. Da gibt es Erklärungen, da gibt es Papiere, selbst aus dem gewerkschaftlichen Bereich. Jüngst haben einige verwirrte Geister sogar ein Buch produziert... (*Beifall*). Ich hoffe, der Beifall gilt mir und nicht dem Buch. (*Beifall*). Ein Buch mit der Zielsetzung, durch Zusammentragung von Unwahrheiten zu denunzieren und diejenigen Gewerkschaften, die in einigen Sachfragen anderer Meinung sind, abzustempeln entweder als Kommunisten oder, wie es dann so schön heißt, Einflußagenten des Sowjetkommunismus. Auch hier sollte man sich eines vor Augen halten: Vorwürfe und Denunziationen wie diese richten sich keineswegs nur gegen Kommunisten. Sie richten sich auch nicht nur gegen linke Sozialdemokraten. Im Grunde richtet sich diese Art von Kampagne gegen die Handlungsfreiheit der Gewerkschaften und gegen die Reformfähigkeit dieser Gesellschaft. (*Beifall*). Es ist ja kein Zufall, daß die CDU beispielsweise zur gleichen Zeit, im Sommer des vergangenen Jahres während des Bundestagswahlkampfes, der SPD eine Moskaufraktion angedichtet hat. Ich sehe hier durchaus Parallelen. Laßt mich das abschließend sagen: Wenn dieser Stil der Denunziation, des Versuchs der politischen Ausgrenzung Schule macht, wenn etwa statt sachbezogener inhaltlicher Debatte in Zukunft Dossiers wechseln, in denen einzelne Funktionäre so ihren Trichinenstempel auf den Hintern gedrückt kriegen, dann ist es aus mit inhaltlicher gewerkschaftlicher Diskussion. Darüber sollte sich jeder im Saal im klaren sein. Die Einheitsgewerkschaft ist ernsthaft gefährdet, wenn sich dieser Stil der Ausgrenzung und Differenzierung nach parteipolitischen oder pseudo-partei-politi-

schen Vorzeichen fortfrüßt, wenn Mitglieder erster und zweiter Klasse geschaffen werden. Deshalb, liebe Kolleginnen und Kollegen, unabhängig von der Beschlußfassung, was als Text letztlich in der Präambel steht - wir haben unsere Meinung dazu -, unabhängig von der Beschlußfassung; wir sollten uns auf diesen auch für die Zukunft verpflichtenden Grundsatz und Auftrag der Einheitsgewerkschaft stets besinnen, nämlich sich nicht auseinanderdividieren zu lassen, parteipolitischer Differenzierung ein Ende zu bereiten. (*Beifall*).

*Günter Arndt*, Gewerkschaft Holz und Kunststoff (GHK).

Ein Aufatmen geht durch die Presse, etwa so wie es die „Rheinische Post“ formuliert: DGB - Absage an Kommunisten. - Es überrascht nicht, daß diese Schlagzeilen ganz besonders groß waren, wo man ansonsten nicht gerade freundlich mit den Gewerkschaften und ihren Zielen umgegangen ist. Die Entwicklung in den vergangenen Jahren hat es mit sich gebracht, daß wir ähnlich wie die Kolleginnen und Kollegen der ersten Stunde unser Bekenntnis zur Einheitsgewerkschaft bekräftigen. Die Angriffe auf die Einheitsgewerkschaft kamen von außen, als Hebel benutzte man den Vorwurf der kommunistischen Unterwanderung. Darauf hat unser Vorsitzender gestern eine ausführliche Antwort gegeben. Dabei hat er auch darauf hingewiesen, daß bei der Frage der in der Einheitsgewerkschaft zusammengeführten Richtungen einige Anträge einen Anteil der Kommunisten am Zustandekommen der Einheitsgewerkschaft sichtbar machen sollen. Diese Forderung wurde nie erhoben. Eigentlich ist durch die Diskussion eine solche Forderung erst hineininterpretiert worden. In den zwölf Anträgen zu P 16 ist eine solche Formulierung nirgends enthalten. Wohl aber ist in den Änderungsanträgen mehrfach der Vorschlag enthalten, auf die Aufzählung einzelner historischer Traditionen und politischer Richtungen ganz zu verzichten, wenn man schon nicht auf die Verallgemeinerung „vor allem“ verzichten kann.

Die geschichtlich exaktere Formulierung ist dann im HBV-Antrag zu finden, wobei vorhin der Kollege Frister gesagt hat, daß es in der Einheitsgewerkschaft schwer ist, historische Wertungen zu finden, die für alle verbindlich sind. Nun kann dieser Kongreß keinen Geschichtslehrgang ersetzen, und sicherlich wäre es falsch, die Fehler, die einer Seite aufgerechnet werden, durch eine Fehler- und Schulddiskussion gegenüber den anderen Seiten aufzuwiegen. Das wäre eine rückwärts gerichtete Diskussion und würde bei einer Programmfindung für die Aufgaben von heute und morgen der Einheitsgewerkschaft nicht dienen. Vielmehr muß vor dem „verdunkelten Horizont“, von dem Kollege Vetter gestern sprach, das Haus der Einheitsgewerkschaft gefestigt werden. Und da wehre ich mich dagegen, daß es in diesem Haus Zimmer verschiedener Klasse geben sollte, daß wir, statt uns auf die Abwehr der drohenden Gewitterwolken zu konzentrieren, unter uns streiten, wer wohl am meisten für die Sicherheit und Festigkeit des Hauses getan habe. Es liegt doch auf der Hand, daß diejenigen, die von außen den Angriff auf die Einheitsgewerkschaft begonnen haben, Kommunisten sagen und alles meinen, was ihrem gesellschaftlichen System nicht paßt! (*Beifall*). Wer auf gesellschaftliche Veränderungen drängt — und das müssen wir als Gewerkschaften —, kann leicht als Unruhestifter dargestellt werden - so gestern Kollege Vetter in seinem Referat. Ich komme aus einem Bereich, aus einem Betrieb, aus einer Verwaltungsstelle, da wurde bei der Verteilung von Aufgaben und bei der Wahl in Funktionen nicht gefragt, welches Parteibuch der Kollege in der Tasche trägt oder aus welcher geistigen Strömung der Arbeiterbewegung er kommt.

Dann hat sich herausgestellt, daß ein sozialdemokratischer Geschäftsführer, ein kommunistischer Vorsitzender und ein christdemokratischer Stellvertreter in Toleranz zusammenarbeiten und die Interessen der Kolleginnen und Kollegen so gut vertreten, daß sie in ihre Funktionen immer wieder gewählt werden. Darum zum Schluß: Als lang-

jähriges Gewerkschaftsmitglied könnte und werde ich auch mit dem Vorschlag, den die Antragsberatungskommission gemacht hat, meinen gewerkschaftlichen Pflichten nachkommen, obwohl ich befürchte, was man nun aus diesen Formulierungen herausinterpretieren möchte. Im Interesse der Einheitsgewerkschaft und der vielen jungen Leute, die zu uns kommen sollen und ihren Platz bei uns finden müssen: ohne Wertung einer Richtung hielte ich es für besser, man würde - wie das in mehreren Anträgen auch zum Ausdruck gekommen ist — auf eine Aufzählung verzichten. (*Vereinzelt Beifall*).

*Hermann Rappe*, IG Chemie-Papier-Keramik

Der Kollege Detlef Hensche hat unter anderem gesagt: Wir sind alle keine heurigen Hasen - und bei Gott, es wäre auch schlimm, wenn wir, die wir hier sitzen, das wären. Von allen Seiten wird heute morgen erklärt - das ist gut so, und ich will das auch für mich und meine Kollegen tun, daß wir P 16 annehmen, nachdem wir eine intensive Diskussion abgeschlossen haben. Ich will aber mit dazu beitragen, daß der Text nicht schon interpretiert wird, ehe er überhaupt angenommen ist. Ich will zunächst einmal auf eine Feststellung des Kollegen Volkmar hinsichtlich des Satzes 2, wenn ich das richtig verstanden habe, eingehen. Es geht dabei um die Frage der Arbeiterbewegung oder, wie es wohl in Eurem Antrag heißt: „der Gewerkschaftsbewegung“. Ich glaube, daß man die Situation von vor 1933 hinsichtlich dieser Feststellung doch wohl so sehen muß, daß die freiheitlich-sozialistischen Gewerkschaften eine stärkere Bindung, bis hin zu organisatorisch dichterem Verbindungen, zur SPD hatten, wie andererseits die christlichen Gewerkschaften vor allem zum Zentrum, so daß, wenn man Arbeiterbewegung sagt, die Ströme von vor 1933 ganz sicher die Ströme aus diesen beiden politischen Parteien waren, und damit der Gesamtausdruck „Arbeiterbewegung“ zusammenfassend richtiger ist als nur der Ausdruck „Gewerkschaftsbewegung“; die Positionen sahen vor 1933 eben anders aus als heute, wo eine klare organisatorische

Trennung und Zuständigkeit gegeben ist. (*Vereinzelt Beifall*). Insofern will ich unterstützen, daß dies eine Position ist, die richtigerweise mit Arbeiterbewegung umschrieben wird, und die auch deswegen damit richtiger umschrieben wird, weil selbstverständlich KPD und RGO nicht mit einbezogen werden können, (*vereinzelt Beifall*) da die Positionen von KPD und RGO hinsichtlich einer Vereinigung von Gewerkschaften und Arbeiterbewegung bis 1933 immer prinzipiell anders waren als die in der SPD, der ihr nahestehenden Gewerkschaft, der christlichen Gewerkschaft und der ihr nahestehenden Zentrumspartei. Mir geht es nun noch um einen anderen Punkt, nämlich um die Frage, ob es im Rahmen dieses Diskussionsprozesses und mit dieser Festlegung auch noch Interpretationen oder Diskussionen um die Berechtigung von Begründungen und Befürchtungen einer Unterwanderung gibt oder nicht. Wir alle wollen nicht, daß die Gewerkschaften von Kommunisten unterwandert werden. Sie sind Mitglieder in den Gewerkschaften, weil das satzungsmäßig nicht ausgeschlossen ist, wir wollen aber nicht, daß sie mehrheitlich demokratisch besetzte Funktionen besetzen, die entsprechend der Mehrheit der Wahlbevölkerung nicht repräsentativ und mit Positionen in den Gewerkschaften vergleichbar wären. Wenn man aber dieser Auffassung ist, dann bin ich allerdings auch der Meinung, daß ausgehend von der DGB-Bundesjugendkonferenz und einiger damit zusammenhängender Entwicklungen das Auge durchaus geschärft werden konnte und hinsichtlich dieser Entwicklungen auch geschärft werden müßte, und dann ist es gut, wenn das auch deutlich erkannt und beim Namen genannt wird. Ich möchte nun gerne abschließend noch Detlef Hensche sagen wollen: Wenn man dies beim Namen nennt und darüber redet, Detlef, dann meine ich — und sicherlich auch andere, die das so machen wie ich — selbstverständlich nicht auch noch Kritiker im linken Spektrum der SPD oder der CDU. Wenn ich Kommunisten sage, dann meine ich auch die und möchte mir nicht gerne unterstellen lassen, ich hätte damit auch linke Sozialdemokraten oder CDU-



Mitglieder gemeint. Insofern sollten wir so etwas nicht hineininterpretieren, denn es war nicht gemeint. Ich meine, es ist gut, wenn wir heute nach dieser Diskussionsphase den Abschnitt P 16 mit großer Mehrheit annehmen. (*Beifall*).

*Georg Benz*, IG Metall

Ich freue mich darüber, daß vor diesem Forum einige klare Aussagen zu einem Thema gemacht wurden, das in den letzten Wochen die Presse sehr umfassend beschäftigt hat. Ich bin vor allem dem Kollegen Hermann Rappe sehr dankbar, daß er aus seiner Sicht seine Position und seine Aussagen, die uns in den letzten Tagen und Wochen auch über verschiedene Publikationsmittel bekannt wurden, präsentiert hat. So betrachtet, möchte ich die Dinge, die hier teilweise angesprochen wurden, nicht in dieser Form fortsetzen, wie sie leider da und dort in Papieren, die — ganz offiziell — versendet wurden, in ganz anderer Form zum Ausdruck gekommen sind. Ich meine, wenn das, was Hermann Rappe am Schluß noch einmal bekräftigt hat - ich bin ihm, wie gesagt, dafür dankbar -, zukünftig Gültigkeit haben soll und auch haben muß, dann befinden wir uns alle in einer wesentlich besseren Situation, und dann werden bestimmte Leute aus dem Medienbereich, die sich mit solchen Problemen sehr intensiv befassen und sie kommentieren, zukünftig weniger Gelegenheit haben, am Beispiel bestimmter Aussagen von Spitzenfunktionären ihre Positionen in die Öffentlichkeit hineinzutragen. Ich will nur einen Wunsch an das, was hier gesagt wurde, anfügen: Ich finde es nicht gut, wenn Spitzenfunktionäre einzelner Gewerkschaften Pa-

piere und Unterlagen, in denen Positionen anderer Gewerkschaften kommentiert und die politische Aussage anderer Gewerkschaften interpretiert werden, in der eigenen Organisation versenden oder auch der Presse zur Verfügung stellen, ohne daß diejenigen, die genannt sind, Gelegenheit haben, sich zu solchen Inhalten zu äußern. (*Beifall*). Und wenn dieser Wunsch von mir - ich freue mich, ihn aussprechen zu können aufgrund dessen, was Hermann Rappe hier gesagt hat —, zukünftig für uns alle zur Selbstverständlichkeit wird, dann kommen wir ein gutes Stück weiter. Ich darf hier auch noch abschließend sagen, die Industriegewerkschaft Metall hat weder als Organisation noch aus dem Munde irgendeines ihrer verantwortlichen Funktionäre sich bemüßigt gefühlt, über Positionen anderer Organisationen im DGB oder Personen sich zu äußern oder Urteile abzugeben, Bemerkungen zu machen, die als Beurteilung aufgefaßt werden können. Ich bin überzeugt, daß wir auch weiterhin auf dieser Linie verbleiben werden. (*Beifall*).

*Annelies Hoppe*, Präsidium

Wir kehren zurück zu den Anträgen und wir kehren zurück zur Antragsberatungskommission. Grundlage für unsere Abstimmung ist die ausgedruckte Neufassung der Empfehlung der Antragsberatungskommission zu P 16. Über diese stimmen wir als erstes ab. Wer ihr zustimmen will, den bitte ich, das Kartenzeichen zu geben. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Gegen wenige Stimmen ist sie angenommen. (*Beifall*).

Vorläufiger Wortlaut; der endgültige Text ist dem Protokoll zu entnehmen.